

Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup
im November 2011
Westfälische Hochschule, Gelsenkirchen, Bocholt, Recklinghausen
Fachbereich Wirtschaftsrecht

An den Präsidenten des
Niedersächsischen Landtages
Postfach 4407
30044 Hannover

Schriftliche Stellungnahme im Rahmen der Anhörung im Niedersächsischen Landtag am 3. u. 4.11.2011 in Hannover zum Gesetz zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung; Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP – Drs. 16/3748 (Einführung einer „Schuldenbremse“)

Vorbemerkungen:

Gesetzlich haben sich die Bundesländer an die 2009 durch Bundestag und Bundesrat im Grundgesetz festgelegte Bestimmung einer sogenannten „Schuldenbremse“, wonach die Bundesländer ab 2020 keine Kredite zum Haushaltsausgleich mehr aufnehmen können, zu halten (Art 109 Abs. 3 GG). Schon jetzt müssen die Länder ihre Haushalte so aufstellen, dass sie spätestens nach Ablauf dieses Zeitraums auf eine Kreditaufnahme zum Haushaltsausgleich nicht mehr angewiesen sein werden (Art. 143d Abs. 1 Satz 3 und 4 GG). Die Kreditfinanzierung wird künftig nur in besonderen Ausnahmefällen (Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich einer staatlichen Kontrolle entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen) und auch nur dann zulässig sein, wenn das Landesrecht sie ausdrücklich vorsieht. Diese Ausnahmen beschreibt das Grundgesetz aber abschließend. Außerdem sind Ausgaben und Einnahmen im Konjunkturzyklus symmetrisch zu kompensieren (Art. 109 Abs. 3 Satz 2 GG). Daher spielt es in Conclusio keine Rolle, ob die Länder die „Schuldenbremse“ in ihre Verfassungen schreiben oder nur in eine einfachgesetzliche Regelung wie beispielsweise in eine Landeshaushaltsordnung. Die Länder sind an der Regelung im Grundgesetz uneingeschränkt gebunden.

Die zur schriftlichen Anhörung erstellten Fragenkataloge werde ich deshalb auch nur aus ökonomischer Sicht beantworten, ohne dabei explizit auf einzelne Fragen einzugehen. Meine Ausführungen zur Anhörung sind mehr grundsätzlicher Natur. Sie wenden sich überhaupt gegen die Einführung einer verfassungsrechtlich determinierten „Schuldenbremse“. Politik ist bezüglich Staatsverschuldung, wie bei der verhängnisvollen Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte, einer einseitigen falschen neoliberalen Ökonomie aufgesessen. Ökonomisch war es ein großer politischer Fehler, die „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz zu schreiben. Dies wird im Folgenden wirtschaftswissenschaftlich verifiziert.

„Es ist nicht so lange her, dass Leute, die sich im Sinne elementarsten gesunden Menschenverstandes äußerten, als etwas exzentrisch, irrational, ja leicht geistesgestört angesehen wurden. Dieses Risiko geht noch heute (...) jeder ein, der sich dem gegenwärtigen politischen Kreuzzug gegen das Haushaltsdefizit – also den Überschuß sämtlicher Staatsausgaben über die Staatseinnahmen – widersetzt.“

(John Kenneth Galbraith 1998, S. 62)

„Sparsam und fleißig zu sein, ist gewiss eine Tugend für den Einzelnen, über seine Verhältnisse zu leben und hohe Schulden zu machen, gewiss ein Laster. Aber es ist gefährlich, diese Tugendlehre auf ganze Staaten zu übertragen.“ (Carl Christian von Weizsäcker 2011, S. 2)

1. Einleitung

Fast alle Politiker und Parteien, nicht nur in Deutschland, kritisieren die Staatsverschuldung. Unterstützt werden sie dabei von den Medien und einer neoliberal herrschenden Mainstream-Ökonomie. Die erreichte Höhe der Staatsverschuldung sei unerträglich und man müsse ihr mit einem drastischen Kürzungs- und Konsolidierungsprogramm entgegentreten. Um die Verschuldung in Deutschland einzudämmen forderten 2005 die Ministerpräsidenten von Sachsen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Georg Milbradt (CDU), Christian Wulff (CDU) und Kurt Beck (SPD), einen „nationalen Anti-Schulden-Pakt“. Im Grundgesetz müssten Strafen für Überschreitungen bestimmter Obergrenzen festgeschrieben werden.¹ Statt die Bekämpfung der *Massenarbeitslosigkeit* in Deutschland² in den Mittelpunkt zu stellen, gab auch die Große Koalition von CDU/CSU und SPD der Sanierung der öffentlichen Haushalte oberste Priorität. Keynesianische antizyklische Konjunktur- und überzyklische Beschäftigungsprogramme zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit seien überholte wirtschaftspolitische Instrumente. Im Hinblick auf die 2005 aufgelaufene Staatsverschuldung von über 1.465 Mrd. Euro und einer Schuldenstandsquote bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt von 65 v.H. sowie einer Staatsquote nahe von 50 v.H. könne nicht weiter staatlich in den Marktmechanismus interveniert werden.³ Dies sei, auch vor dem Hintergrund einer global gewordenen Ökonomie, völlig utopisch – weil nicht (mehr) marktkompatibel und finanzierbar. Man müsse sich endlich auf die „Selbsteilungskräfte der Märkte“ einlassen, den „schlanken“ Staat durchsetzen und weitere noch radikalere angebotsorientierte „Reformen“ zur Befriedigung von einseitigen Kapitalinteressen anstoßen. Mit der „Agenda 2010“ und den so genannten „Hartz-Gesetzen“ seien zwar schon die richtigen Schritte eingeleitet worden, diese gingen aber längst noch nicht weit genug. Weitere Maßnahmen an den „inflexiblen“ Arbeitsmärkten zur Beseitigung der so genannten „Mindestlohnarbeitslosigkeit“, die Löhne ober-

¹ Vgl. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 17. Dezember 2005, S. 2.

² An der sich heute zu allem Überfluss auch noch die *öffentlichen Arbeitgeber* mit massiven *Personalentlassungen im Staatssektor* beteiligen. Der „Wirtschaftsweise“ Peter Bofinger schreibt dazu: „In der öffentlichen Diskussion herrscht der Eindruck, dass es bei uns viel zu viele Beamte und öffentliche Arbeiter und Angestellte gibt, die deshalb den ganzen Tag kaum etwas Vernünftiges zu tun haben. Ein Blick auf die Entwicklung des Personalstandes von Bund, Ländern und Gemeinden zeigt jedoch, dass sich dort in den beiden letzten Jahrzehnten eine Menge verändert hat. Von 1991 bis 2007 sind 1,8 Millionen Vollzeitarbeitsplätze im öffentlichen Dienst gestrichen worden. Das entspricht einem Personalabbau von 42 Prozent; bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden ist sogar jeder zweite Arbeitsplatz entfallen. Die zusätzlichen rund 250.000 Teilzeitjobs sind hierfür nur ein sehr kleiner Ausgleich. Selbst wenn der öffentliche Dienst im Jahr 1991 deutlich überbesetzt gewesen sein mag, nach dieser Schrumpfkur dürften die größten Ineffizienzen beseitigt worden sein. Dass der deutsche Staat in dieser Hinsicht kein grundlegendes Problem aufweist, zeigt sich auch im Benchmarking mit anderen Ländern. Die öffentlichen Personalausgaben belaufen sich in Deutschland im Jahr 2008 auf 6,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Kein anderes vergleichbares Land gibt so wenig Geld für sein Personal im öffentlichen Dienst aus“ (Bofinger 2009, S. 157f.).

³ So forderte beispielsweise der damalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) eine Absenkung der Staatsquote unter 40 v.H. ein.

halb eines markträumenden Gleichgewichtslohns festschreiben würde, und mutige Schritte zur Sanierung der Staatsfinanzen müssten folgen.

Kurz vor der Abwahl der Großen Koalition verankerte dann Mitte 2009 die „schwarz-rote“ Mehrheit im Bundestag und Bundesrat eine „*Schuldenbremse*“ zur Eindämmung der Staatsverschuldung im Grundgesetz (Art 109 Abs. 3 GG). Gleichzeitig musste aber die Bundesregierung, und auch die folgende „schwarz-gelbe“ Regierung, entgegen ihrer wirtschaftspolitischen Interessen in Anbetracht der größten weltweiten *Finanz- und Wirtschaftskrise* seit achtzig Jahren (Bontrup 2011a) auf Kredit finanzierte *Antikrisenprogramme* (von der Vring 2010, S. 26f.) auflegen. Die neoliberalen „Brandstifter“, die noch kurz zuvor vom *antizyklischen keynesianischen deficit-spending* nichts mehr wissen wollten (Bontrup 2006), wurden zu „bastardkeynesianischen“ Feuerwehrleuten. Eine kurzfristige Alternative zum weltweit praktizierten „Bastardkeynesianismus“ gab es dabei nicht. Ansonsten hätten die Regierenden die „*kapitalistische Kernschmelze*“ riskiert.

Der Begriff „Bastardkeynesianismus“ stammt dabei von der langjährigen Wegbegleiterin von John Maynard Keynes (1883-1946), der Ökonomin Joan Violet Robinson (1903-1983). Keynes Werk läßt sich demnach nicht auf ein *deficit-spending* reduzieren. Nicht nur zyklische (konjunkturelle) Schwankungen bzw. Krisen sind ein kapitalistisches Systemproblem. Es kommt auch zu einer *überzyklischen (strukturellen/chronischen) Arbeitslosigkeit* und zu einer *marktendogenen langfristigen Stagnation bzw. Wachstumsschwäche*. Diese kann man aber nicht mit einem Bastardkeynesianismus, mit einer antizyklischen Konjunkturhydraulik, über kreditfinanzierte Konjunkturprogramme bekämpfen. Deshalb hielt Keynes zum *langfristigen Systemerhalt* auch eine ganz *andere Wirtschaftspolitik* für dringend notwendig, die mit den jetzt kurzfristig aufgetretenen „Wendehals-Keynesianern“ (Karl Georg Zinn) nur wenig gemein hat. Norbert Reuter (2000) hat mit seiner Habilitationsschrift dankenswerterweise noch einmal auf den „Langfrist-Keynes“ aufmerksam gemacht – was aber offensichtlich vom „Politikbetrieb“ nicht bemerkt worden ist. Im Stadium eines hoch entwickelten Kapitalismus, von Keynes als „*goldenes Zeitalter*“ bezeichnet, kommt es im Vergleich zum Investitionsvolumen zu einem höheren Sparniveau ($S > I$). In Folge eines hohen *Sättigungsgrades auf den Märkten* gehen der Konsum und die Investitionen immer mehr zurück. Die private Ersparnis steigt. Die Wirtschaftspolitik muss jetzt, wie Keynes ausdrücklich betont, dem Sparen entgegenwirken, sonst droht *langfristige (strukturelle) Arbeitslosigkeit* zumal gleichzeitig der *technologische Fortschritt* immer mehr voranschreitet und den „Faktor“ Arbeit durch Kapital substituiert. „Es wird notwendig sein, sinnvollen Konsum zu fördern, Sparen zu missbilligen – und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren, mehr Urlaub (welch ein wunderbar angenehmer Weg ist, Geld loszuwerden) und *kürzere Arbeitszeiten*“ (Keynes). Aber nicht nur dies ist im Hinblick auf das keynesische Gesamtwerk zu erwähnen, sondern auch seine Forderung nach einer „*Sozialisierung der Investitionen*“ durch mehr öffentliche Güter und insbesondere die Forderung von Keynes nach einer spürbaren *Umver-*

teilung von oben nach unten zur Erhöhung der Konsumneigung, um der „räuberischen Ersparnis“ (Keynes) entgegenzuwirken. Dazu forderte er nicht nur eine *produktivitätsorientierte Reallohnpolitik*, sondern auch „eine *Steuerpolitik*, die dem Staat mehr Einnahmen verschafft und die niedrigen Einkommen aufbessert. Dies alles sollte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhen; belastet werden sollten dagegen die *Gewinneinkommen*. Ausgangspunkt ist die statistisch vielfach belegte Überlegung, dass je höher das Einkommen ist, umso weniger für den Konsum ausgegeben wird. Die hohen Einkommen sind jedoch im allgemeinen *Gewinneinkommen*, während die niedrigen Einkommen *Lohneinkommen* sind. Die Konsumausgaben hängen also von der *richtigen Verteilung des Volkseinkommens in Gewinn und Lohn* ab. Deshalb muss nach Keynes der *Staat*, einen leitenden Einfluss auf den ‚Hang zum Verbrauch durch ein *System der Besteuerung* ausüben.‘ Dies ist die Basis für den *Linkskeynesianismus* – und für die älteren Programme der sozialdemokratischen Parteien. Mit der Einkommensverteilung stellt Keynes die *Machtverhältnisse* in der kapitalistischen Gesellschaft in Frage“ (Schui 2009, S. 204f.) – wofür er übrigens schon damals, aber fälschlicherweise, insbesondere von rechts-konservativen Parteien und dem Unternehmerlager, „sozialistischer Umtriebe“ bezichtigt wurde.

2. Allgemeine neoliberale Doktrin gegen den Staat und seine Verschuldung

Der seit Mitte der 1970er Jahre immer mehr geführte massive *Angriff auf den Staat* und seine Verschuldung, genauer gesagt auf den verfassungsrechtlich verankerten *Sozialstaat* (Butterwegge 2005), wird von neoliberalen Interessenvertretern geschickt geführt. Sie nutzen ein allgemein in der Gesellschaft bestehendes (gesundes) *Misstrauen gegen staatliche Obrigkeit* und womöglich auftretender staatlicher Verschwendungssucht aus, die die Bürger mit hohen *Steuern und Abgaben* zu finanzieren haben und/oder in Staatsverschuldung münden. Der Staat wird hier in Verbindung mit Bürokratie, Gängelung und privater Freiheitseinschränkung gebracht. So verfängt sich in der breiten Bevölkerung – schichtenübergreifend – leicht der Eindruck, dass die Staatsquote zu hoch und die Privatquote oder der Privatisierungsgrad zu niedrig sei oder der Staat sich auf Kosten zukünftiger Generationen verschulde. Dies machen sich neoliberale Apologeten und Ideologen zu Eigen und rufen populistisch nach einer *Entbürokratisierung* sowie nach *Steuer- und Abgabensenkungen*. Welcher Bürger hat schließlich etwas gegen eine geringere staatliche Belastung seiner privatwirtschaftlichen Aktivitäten? Steuer- und Abgabensenkungen rufen immer größte Genugtuung bei allen aus, egal welche konkreten Entlastungen für den Einzelnen, Umverteilungswirkungen und makroökonomische Implikationen damit auch verbunden

sind. „Wie groß die Distanz der Bürger zum Staat mittlerweile geworden ist, zeigt sich besonders deutlich an dem von vielen Medien bereitwillig transportierten Bild des Staates als Monster, das nur darauf aus ist, seine Bürger auszunehmen“ (Bofinger 2009, S. 95). Das Finanzamt ist hier unisono der Feind aller Bürger. „Dem Vermögensbesitzer erscheint sein Geld als eine natürliche Erweiterung und Verlängerung seines Egos. Deshalb kann er, wenn (...) das Finanzamt sich meldet, dies nur als Beschädigung des innersten Kerns seiner Persönlichkeit empfinden“ (Deutschmann 2008, S. 11).

Die allgemeine Sehnsucht des Bürgers nach Steuer- und Abgabensenkungen ermöglicht im Hinblick auf eine *Beschneidung des Sozialstaats* einen weiteren politischen Trick. Obwohl der Neoliberalismus (zur Kritik vergleiche ausführlich Butterwegge, Lösch, Ptak 2007) Staatsverschuldung vehement ablehnt, wird sie aber zu Gunsten von Steuer- und Abgabensenkungen – natürlich überwiegend für Unternehmen und Vermögende – bewusst in Kauf genommen (Hickel 2005b, S. 1.165ff.), um damit, neben der *gewollten Umverteilung von unten nach oben*, gleichzeitig das Ziel einer Senkung der Staatsausgaben (Rückbau der Staatsquote!) verfolgen zu können. Die Kassen sind halt leer, schallt es dann aus allem Munde. Jetzt müssen wir endlich sparen. Wer dabei „wir“ ist, wird aber von den Neoliberalen nicht gesagt. „Um öffentliche Dienstleistungen und sozialstaatliche Transfers zu kappen, greifen neoliberale Politiker aber deren Finanzierungsgrundlage an. Diese Strategie wird in vielen europäischen Ländern angewendet. Besonders gut kann man die Methode in den USA studieren. Fast die Hälfte aller Kongressmitglieder hat dort eine Selbstverpflichtung unterzeichnet, *niemals für Steuererhöhungen* zu stimmen. Zunächst hat die Bush-Regierung durch Steuer-senkungen das Haushaltsdefizit des Staates auf Rekordhöhen getrieben, unterstützt durch den Dauerbeschluss neoliberaler Interessengruppen und Ökonomen. In der Folge werden weitere Einschränkungen öffentlichen Handelns umso besser durchsetzbar, freilich nicht in allen Aufgabenfeldern gleichermaßen“ (Giegold 2005, 1.189). Die schlichte Tatsache dagegen, dass bestimmte Staatsausgaben das Haushaltsdefizit noch erhöhen könnten, „genügt mittlerweile, um sie entschieden zu verwerfen; und dies ist selbst bei den dringendsten sozialen Leistungen der Fall, die ausschließlich den Bedürftigsten zugute kommen“ (Galbraith 1998, S. 62).

Zur Realisierung ökonomischer (pekuniärer) *Gewinn- und Vermögensinteressen* war schließlich der Wohlfahrtsstaat aus Sicht von Unternehmern, Kapitaleignern und Vermögenden schon immer nur ein „Störenfried“ der die „Freiheit“ einschränkte und sie sozusagen ökonomisch umverteilte. Nur Schwache sind auf einen Sozialstaat angewiesen. Für die Starken in einer Gesellschaft gilt dies eben nicht. Sie können sich die wegfallenden staatlichen Leistungen privat beschaffen (kaufen). „So werden beispielsweise bei der Schließung einer öffentlichen Bibliothek infolge von Steuersenkungen für Vermögende die Grundfreiheiten vieler zu Gunsten marginaler Freiheiten weniger eingeschränkt“ (Giegold 2005, S. 1.187). Also auch hier kommt es zu einer Umverteilung von Freiheiten. Allerdings mit

dem negativen Ergebnis einer *entsolidarisierten Gesellschaft*, die nicht ohne ökonomische Folgen bleibt.

Daneben hat sich unter dem Regime des vorherrschenden *Neoliberalismus* in der Gesellschaft eine grundsätzliche gegen den Staat und gegen Staatsverschuldung gerichtete *Ideologie* festgesetzt, die irrtümlicherweise davon ausgeht, eine „*entstaatlichte Wirtschaft*“ könne die größeren Wachstums- und Beschäftigungskräfte entfalten. Dahinter verbirgt sich ein weltweit gespanntes System, dessen Ideologie von den herrschenden *Oligarchien des Finanzkapitals* (Huffschmid 2002) im „*Konsens von Washington*“ (zitiert bei Ziegler 2005, S. 51ff.) festgelegt wurde und sich mit der Trias aus *Wettbewerb, Deregulierung und Privatisierung* zusammenfassen lässt. „Die neuen Herren der Welt“ (Ramonet 1998), die kapitalistischen „Beutejäger“ (Jean Ziegler), wollten eine *Entfesselung der Märkte*, sie wollten den weltweit globalen Markt, die Privatisierung des Planeten, um sich noch mehr bereichern zu können und gleichzeitig die Armen dieser Welt auszuschließen bzw. territorial einzusperren (Ziegler 2005, S. 11). Das Primat der demokratisch gewählten und ausschließlich legitimierten Politik wurde „*entpolitisiert*“ (Pierre Bourdieu) und durch eine weltweite „*Diktatur des Kapitals*“ (Jean Ziegler), insbesondere des Finanzkapitals, ausgehebelt. Die Entwicklung dahin ist durch zwei Faktoren gefördert worden.

- „1. Durch die Globalisierung der Finanzmärkte, also die sukzessive Abschaffung der Kapitalverkehrskontrollen und die Herstellung eines freien Marktes für den Handel mit Wertpapieren seit den frühen siebziger Jahren. Dadurch ist ein weltweites Dorado für Kapitalanlage und Spekulation entstanden.
- 2. Durch den Aufstieg der sogenannten ‚institutionellen Investoren‘, d.h. Investmentfonds, Pensionsfonds, Versicherungsgesellschaften, die einen immer größeren Teil des Vermögens der Anleger verwalten und heute eine erhebliche Kapitalmacht repräsentieren“ (Deutschmann 2005, S. 5).

Die *Regierungen sind zu Getriebenen der Finanzmärkte* geworden. Dies formulierte völlig unumwunden als Mahnung der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, beim 3. Weltwirtschaftsforum im Februar 1996 in Davos an die versammelten Staatschefs der Erde folgendermaßen: „*Von nun an stehen Sie unter der Kontrolle der Finanzmärkte*“ (zitiert bei: Schumann/Martin 1998, S. 90). Wen wundert da noch der gefährliche und ökonomisch kontraproduktive Angriff auf alles Staatliche? Dieser wurde geschickt hinter blinden und anonymen „Gesetzen des Marktes“ und einer *Hochstilisierung des Wettbewerbs* getarnt. Der *Markt sei der Souverän*, dem sich alle zu beugen hätten und der Markt würde im Gegensatz zum Staat die gesamtgesellschaftlich besseren Ergebnisse liefern. Deshalb seien grundsätzlich staatliche Eingriffe in Marktprozesse auf Ausnahmen zu beschränken. Der Staat habe lediglich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaftstätigkeit festzulegen und dabei dem Leistungswillen und der Eigenverantwortung des Einzelnen im Wettbewerb genügend Raum zu las-

sen. Der Staat „stranguliere“ durch seine Marktinterventionen die Dynamik der marktwirtschaftlichen (preislichen) Selbststabilisierung einer Konkurrenzwirtschaft. Warum, so ist zu fragen, gibt es dann aber immer mehr *privatwirtschaftliche Konzentration und Marktmacht*? Warum erkennt man die „Grenzen des Wettbewerbs“ (Die Gruppe von Lissabon 1997) und das inhärente *Markt- und Wettbewerbsversagen* (Bontrup 2005, S. 203ff., Thielemann 2010) nicht? „Wer ausschließlich auf den Markt setzt, zerstört mit der Demokratie auch die Marktwirtschaft selbst“ (Ulrich Beck). Warum schafft es bei aller Dynamik die private Wirtschaft nicht, für ein *Vollbeschäftigungsgleichgewicht* zu sorgen? Warum tun sich immer wieder Konjunkturzyklen, Krisen (auch Umweltkrisen), und eine vom Trend säkulare Wachstumsschwäche auf? Die Ursache dafür ist nicht der Staat bzw. eine zu hohe Staatsquote. Die Gleichung „Magerer Staat = dynamische Wirtschaft“, so Bofinger (2005, S. 39ff.), stimmt schlicht und ergreifend nicht. Länder wie z.B. Schweden, Dänemark, Finnland, Belgien oder auch Frankreich haben wesentlich höhere Staatsquoten (Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt) als Deutschland und die Wachstumsraten sind dort dennoch signifikant höher als bei uns.

Außerdem haben, dies zeigt die jetzt ablaufende weltweite *Finanz- und Wirtschaftskrise*, die neoliberal entfesselten Märkte, insbesondere gilt dies für die *Finanzmärkte*, die Welt an den Rand des Abgrunds geführt. Die Staatengemeinschaft musste milliardenschwere kreditfinanzierte Staatsausgaben tätigen und Bürgschaften für Banken übernehmen bzw. „Rettungsschirme“ aufspannen, ja Banken sogar verstaatlichen, um den Kapitalismus zu retten. Selbst der neoliberale Ökonom, Thomas Straubhaar, spricht mittlerweile, genauso wie der Ökonom Robert Shiller von der Yale-Universität, von einem „großen Irrtum“. „Über Jahrzehnte“, so Straubhaar (2011), „dominierte in der Ökonomie die Überzeugung, dass auf Finanzmärkten *Effizienz* die Regel und Marktversagen die Ausnahme sei. Heerscharen von Studierenden wurden auf den Glauben getrimmt, Börsenkurse würden stets alle verfügbaren Informationen rational und richtig widerspiegeln. Zehn Jahre nach dem Entstehen einer Kreditblase als Folge einer New Economy, die ewiges Wachstum versprach und erst eine Immobilien-, dann eine Finanzmarkt- und nun eine Staatsschuldenkrise brachte, und drei Jahre nach Lehman Brothers und den darauf folgenden staatlichen Hilfsmaßnahmen zum Verhindern einer Kernschmelze der Weltwirtschaft ist es an der Zeit, den Effizienzmythos vom Sockel zu holen. Dabei geht es weniger darum, die gut bekannten Gründe aufzulisten, warum Finanzmärkte bei Weitem nicht so effiziente Informationsverarbeiter sind, wie üblicherweise angenommen wird. Es ist sattsam bekannt und gut analysiert, dass auf Finanzmärkten *Marktmacht und Marktversagen* weit häufiger vorkommen als gemeinhin vermutet. Das Banken viel zu groß werden, nicht weil sich das betriebswirtschaftlich rechnet, sondern um systemrelevant und damit ‚too big to fail‘ zu werden.“ Trotz dieser Erkenntnisse, die in der kritischen Wirtschaftswissenschaft seit langem hinlänglich bekannt sind, vergab aber dennoch das Nobelpreiskomitee gerade den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaft

des Jahres 2011 an die beiden neoliberalen US-amerikanischen Ökonomen Thomas Sargent und Christopher Sims, für ihre in den 1970er Jahren entwickelte *Theorie der rationalen Erwartungen*,⁴ die maßgeblich zur unheilvollen Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte, und damit zu der jetzt schweren Wirtschaftskrise, mit beigetragen haben.

3. Staatsverschuldung und ihre Fehlinterpretationen

Der breiten Öffentlichkeit wird bei Staatsverschuldung vorenthalten, dass es *keine absolute Grenze* für eine Staatsverschuldung gibt. Man könnte höchstens von einem – aber nicht exakt bestimmbar – „*Verschuldungsoptimum*“ sprechen, das aber so lange unterschritten wird, wie staatlich zusätzliche kreditfinanzierte, also auf Schulden basierende, Ausgaben

- a) zu einer *besseren Auslastung des Produktionspotentials* führen,
- b) das volkswirtschaftliche Produktionspotential *quantitativ ausweiten* oder *qualitativ verbessern* und
- c) eine weitere Annäherung an die wirtschaftspolitisch gewünschte *Verteilung des Volkseinkommens* erwarten lassen (Brümmerhoff 1996, S. 383).

Außerdem spielt in einer wachsenden Wirtschaft nicht die Zunahme einer nominalen Verschuldung die entscheidende Rolle, sondern das *Wachstum der Verschuldung in Relation zum Wachstum der Wirtschaft*. Solange die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gleich oder größer dem Wachstum der öffentlichen Verschuldung ist, bleibt die *Verschuldungsquote* konstant oder sinkt sogar, obwohl die nominelle Verschuldung beständig wächst.

So ergäbe sich bei einer Defizitquote in Höhe des Maastricht-Limits von 3 v.H. und einem nominalen BIP-Wachstum von 5 v.H. (hier wird eine Inflationsrate von 2 v.H. unterstellt) auf Dauer eine Schuldenstandsquote von gut 60 v.H. Der *staatliche Primärsaldo* (Saldo ohne Berücksichtigung der Zinsausgaben für die aufgenommenen Staatskredite) würde also nicht zulegen. Bezüglich der *Zinszahlungen* und einer konstanten Verschuldungsquote müsste allerdings die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts ebenfalls mit dem zu zahlenden Zinssatz steigen, ansonsten nimmt die *Zins-Ausgabenquote* zu und verdrängt andere staatliche Ausgaben oder die steigenden Zinslasten müssten über *höhere Steuern und/oder niedrigere Staatsausgaben* für andere Zwecke finanziert werden. Dies war aber in der Vergangenheit empirisch nicht der Fall.

Staatsverschuldung ist zudem solange unproblematisch, wie *staatliche Investitionen* mit Krediten finanziert werden bzw. die Einnahmen aus Krediten die

⁴ Die Theorie geht davon aus, dass Märkte effizient funktionieren und wirtschaftliche Akteure stets rational agieren – Banken existieren in den realitätsfernen neoliberalen Modellen in aller Regel nicht einmal.

Summe der im Haushaltsplan veranschlagten *Ausgaben für Investitionen* nicht überschreiten. Dies war zu Recht ausdrücklich in unserer Verfassung, im Artikel 115 GG a.F., festgelegt. Und es war darüber hinaus festgeschrieben, dass zur „*Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts*“, was bei vorliegender *Massenarbeitslosigkeit* ohne Frage der Fall ist, auch darüber hinaus Schulden gemacht werden dürfen.

Diese finanzpolitisch sinnvolle Regelung wurde aber schon mit dem *Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt* ad absurdum geführt. Der 1997 in Amsterdam beschlossene Pakt sieht sogar noch eine über den Maastricht-Kriterien⁵ hinausgehende Einengung nationaler Finanzpolitik vor, weil er die EU-Länder verpflichtet, mittelfristig einen ausgeglichenen Staatshaushalt (oder sogar einen leichten Überschuss) auszuweisen. Damit wird der Pakt zu einer „fiskalischen Zwangsjacke“, wie Peter Bofinger (2005, S. 94ff.) schreibt. Siehe dazu auch Heise (2002, S. 269ff.). Im konjunkturellen Aufschwung kann die 3-Prozent-Marke zwar unterschritten werden, im Abschwung, in einer Krisensituation, ist diese Grenze der Staatsverschuldung aber viel zu niedrig angesetzt. Erzwungene staatliche Einsparprogramme wirken hier *prozyklisch*, d.h. sie verschärfen den konjunkturellen Abschwung und sorgen letztlich sogar für mehr Staatsverschuldung.

Hinzu kommt die *Problematik einer einheitlichen europäischen Geldpolitik* auf Grund der Euro-Einführung (Währungsunion). Die Europäische Zentralbank kann nur einheitliche nominale Zinsen für alle Länder festlegen, die aber auf Grund unterschiedlicher realwirtschaftlicher Verhältnisse divergierende Inflationsraten ausweisen. Dies wiederum bedeutet, dass der für die wirtschaftliche Entwicklung *relevante Realzins* ebenfalls unterschiedlich hoch ausfällt. Für Länder mit einer niedrigen Inflationsrate und zu schwach ausgeprägter Binnennachfrage, wie beispielsweise in Deutschland, bedeutet dies realiter hohe Realzinsen und damit eine Behinderung notwendiger investiver Prozesse. Umso wichtiger wäre es aus Kompensationsgründen eine *höhere nationale fiskalische Flexibilität durch Verschuldung* zu haben, die aber dummerweise mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt verbaut wird.

Staatshaushalt ist kein Privathaushalt

Auch die immer wieder zu hörende aber offensichtlich nicht ausrottbare falsche Behauptung, der Staatshaushalt sei mit dem eines *privaten Haushalts oder Unternehmens* vergleichbar, die schließlich auch langfristig nicht wesentlich mehr Ausgeben als Einnahmen könnten, ist nur eines der weiteren Scheinargumente

⁵ Die Kriterien sollten mit *Einführung des Euros* zu einer haushaltspolitischen Disziplinierung führen. Man befürchtete das durch Staatsverschuldung *inflationäre Prozesse* ausgelöst und dadurch der Euro zu einer „Weichwährung“ degenerieren würde. „Doch schon in den neunziger Jahren hätte man leicht erkennen können, dass Länder mit einem hohen Schuldenstand nicht unbedingt eine hohe Inflationsrate haben. So war Belgien bei einem Schuldenstand von über 100 v.H. die Geldentwertung traditionell gering, während Spanien mit einem relativ niedrigen Schuldenstand Anfang der neunziger Jahre noch eine recht hohe Inflationsrate aufwies“ (Bofinger 2005, S. 96.).

gegen Staatsverschuldung. „Denn erstens ist die öffentliche Verschuldung eine Kreditsumme, die wir – Bürger und Institutionen wie Banken und Versicherungen – uns selbst schulden. Demgegenüber sind private Schulden Forderungen zwischen verschiedenen Wirtschaftseinheiten. Nur eine äußere Staatsschuld (*Verschuldung im Ausland*) ist daher mit den Maßstäben der betriebswirtschaftlichen Finanzierungslehre zu betrachten. Zweitens muß eine öffentliche Schuld nicht unbedingt zurückgezahlt werden; das Staatsvolk als Schuldner hat theoretisch eine ewige Lebensdauer. Die fälligen Anleihen könnten durch immer wiederkehrende Neuausgaben von Papieren abgelöst werden. Drittens würde selbst eine Tilgung der Staatsschulden einer Volkswirtschaft keinen Reichtumsvorteil bringen. Die Steuern müssten im Falle der Tilgung erhöht werden, um die Rückkaufbeträge aufzubringen. Der Staat gäbe die Mehreinnahmen also an die Wirtschaftssubjekte zurück, die ihm gerade höhere Steuern abgeliefert haben. Ein bloßer Transferprozeß fände statt“ (Merk 1974, S. 148f.).

Umverteilung richtig interpretieren

Allerdings werden durch Staatsverschuldung *Umverteilungsprozesse* ausgelöst, die immer wieder gegen eine Verschuldung des Staates vorgebracht werden. Es käme zu einer *Umverteilung von unten nach oben*, weil der Staat sich bei vermögenden Staatsbürgern verschuldet, fällige Zinsen aber aus dem allgemeinen Steueraufkommen begleicht und so einer staatlich initiierten Umverteilung Vorschub leiste. Wer so argumentiert, stellt eine ökonomische Kausalität auf den Kopf. Denn: „Zinseinkommen entstehen dadurch, daß einzelne Haushalte in der Lage sind, Ersparnisse zu bilden. Aus der Staatsverschuldung folgt somit kein Gerechtigkeitsproblem, das nicht mit Blick auf die *vorhandenen Einkommens- und Vermögensdisparitäten* bereits bestanden hätte. Für den einzelnen Geldvermögensbesitzer ist es letztlich unerheblich, ob er gegenüber dem Staat oder einzelnen Privaten im In- oder Ausland eine Gläubigerposition einnimmt: ‚Daß die Kreditzeichner sich unter den mannigfachen Anlagealternativen auf dem Kapitalmarkt ‚zufällig‘ für ein Staatspapier entschieden haben, ist nicht kausal für ihr Zinseinkommen; denn hätte sich der Staat für eine Steuerfinanzierung entschieden, so hätten sie eine alternative Anlageform wählen müssen und dafür ebenfalls ein Zinseinkommen bezogen. Das dem Gläubiger zufließende Zinseinkommen ist in jedem Fall von Dritten aufzubringen“ (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2001, S. 264).

Generationengerechtigkeit wird nicht verletzt

Auch von der Behauptung der Staat würde „über seine Verhältnisse leben“ und *zukünftige Generationen* belasten bleibt bei näherer Betrachtung nichts übrig. Im Gegenteil: Es ist ökonomisch und generationsübergreifend überaus sinnvoll, die allokativ genutzte Schuldenaufnahme für öffentliche Güter einzusetzen, die die

ökonomische (infrastrukturelle) und auch ökologische Entwicklungsqualität einer Volkswirtschaft stärken. Bedenklich stimmt hier eher der Tatbestand von heute nur noch *geringen staatlichen Investitionen*, die bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt noch nie so niedrig waren (Priewe, Rietzler 2010, S. 17ff.). In den Jahren 2003 und 2004 lagen die statistisch ausgewiesenen Abschreibungen auf den staatlichen Kapitalstock sogar über den getätigten Investitionen. Es kam also zu *staatlichen Des-Investitionen* bzw. bedenklichen negativen Netto-Investitionen (Deutsche Bundesbank 2005a, S. 16).

Da auch künftige Generationen von öffentlichen Investitionen profitieren, wozu auch *Bildungsinvestitionen* zählen, die fälschlicherweise immer noch als kurzfristige konsumtive Staatsausgaben gesehen werden, ist es völlig unverständlich zu behaupten, die nachfolgenden Generationen würden nur mit den Staatsschulden belastet. Das Gegenteil ist richtig: So wie jedes Unternehmen Anschaffungen und andere Investitionen über einen längeren Zeitraum abschreibt und entsprechend finanziert, müsste das auch beim Staat selbstverständlich sein. Die sofortige Finanzierung von Investitionen durch Steuern belastet die die Steuern zahlende Generation viel zu stark. Sie ist nicht gerecht. Schon 1878 betonte der bekannte Finanzwissenschaftler Lorenz von Stein: „*Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zu wenig für seine Zukunft oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart.*“

Außerdem werden nicht nur die Schulden vererbt, sondern auch die dahinter stehenden *Forderungen bzw. das Vermögen*. Staatsverschuldung heißt nichts anderes, als dass hinter den Staatsschulden exakt gleich große Vermögensbestände (Überschüsse) stehen. „Wenn wir in der Presse lesen, die deutsche Staatsverschuldung betrage pro Bürger mehr als 2.500 Euro, so kann man das auch umdrehen und sagen: Jeder Bürger hat beim deutschen Staat ein Guthaben von im Mittel mehr als 2.500 Euro. Wenn wir das *Ausland* einmal ignorieren, kann der Staat so viel Schulden machen wie er will – netto ist die Belastung immer Null. Es ist ein *Nullsummenspiel*. Wenn Frau Meier ihrem Gatten 250 Euro für einen neuen Rasenmäher leiht, bleibt das Geld in der Familie. Niemand würde sagen, Familie Meier habe 250 Euro Schulden. Ebenso kann auch ein Staat als ganzer keine Schulden machen: Was wir aus der einen Tasche herausnehmen, stecken wir in die andere hinein: netto gleicht sich alles aus“ (Krämer 2001, S. 821).

4. Kursorische Bestandsaufnahme zur Staatsverschuldung

Es gehört heute offensichtlich zum politischen (Medien-)Geschäft, dass sich die Parteien gegenseitig für staatliche Schulden und Defizitquoten verantwortlich machen. Dabei verschweigt die Politik, dass seit dem Bestehen der Bundesrepublik (völlig parteienunabhängig!) Schulden gemacht worden sind (gemacht werden mussten!). Nur in ganz wenigen Jahren hat es einen gesamtwirtschaftlichen

Haushaltsüberschuss gegeben. Insbesondere seit der *deutschen Wiedervereinigung* und der seit der Wirtschaftskrise von 1974/75 vorliegenden *Massenarbeitslosigkeit*, mit den daraus erwachsenen enorm hohen fiskalischen Kosten (Bach/Spitznagel 2008), sind die Staatsschulden überproportional gestiegen. Neben den Kosten zur Finanzierung der Massenarbeitslosigkeit von rund 80 Mrd. Euro jährlich (Bontrup 2011b), mussten umfangreiche staatliche Transfers in die neuen Bundesländer, die sich auch heute noch auf eine Größenordnung von etwa 4 v.H. des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts belaufen, getätigt werden (Deutsche Bundesbank 2004, S. 18).

So haben sich von 1991 bis 2010 bei den staatlichen Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden plus Sozialversicherungshaushalte) zusätzliche Schulden in Höhe von 958,9 Mrd. Euro (jahresdurchschnittlich waren dies 47,9 Mrd. Euro) aufgehäuft (vgl. Tab. 1). Mit der „Schuldenbremse“ sollen zukünftig aber maximal nur noch 8 bis 10 Mrd. Euro möglich sein. Wie das gehen soll, ist noch das Geheimnis neoliberaler Politiker und Ökonomen.

Ende 2010 betrug der absolute Schuldenstand fast 2.080 Mrd. Euro. Der relative Schuldenstand, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, die Schuldenquote, belief sich 2010 in der „Maastricht-Abgrenzung“ auf 83,2 v.H. (vgl. Deutsche Bundesbank 2011, S. 54*). Vor der Wiedervereinigung lag die Quote noch bei 40,4 v.H. (Deutsche Bundesbank 2005a, S. 53*). Von 1991 bis 2010 wurde nur dreimal (2000, 2007 und 2008) ein positiver Finanzierungssaldo beim Staat erzielt und achtmal die im *Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt* gesetzte Höchstgrenze von 3 v.H. für die staatliche Nettoneuverschuldung nicht eingehalten sowie in zwei weiteren Jahren mal gerade mit 3,0 v.H. realisiert (vgl. Tab. 1). Für den aufgelaufenen Schuldenstand waren allein im Jahr 2010 gut 61,0 Mrd. Euro *Zinsen* zu zahlen (Deutsche Bundesbank 2011, S. 54*). Das gesamte Aufkommen der *veranlagten Einkommensteuer, Körperschaftsteuer* und *Kapitalertragsteuer* lag dabei 2010 übrigens nur bei 64,9 Mrd. Euro (Deutsche Bundesbank 2011, S. 56*).

In diesem Kontext wird auch die Frage politisch verschleiert, wer denn eigentlich mit dem staatlichen Rückzug aus der Verschuldung *belastet werden soll* bzw. wer den *Schuldenabbau finanziert*? „Faktor“ Arbeit durch mehr Lohnsteuern oder „Faktor“ Kapital und die Vermögenden Schichten durch mehr Gewinn- und Vermögenssteuern? Auch sind eine Anhebung der *indirekten Verbrauchs- und Verkehrssteuern* (z.B. der Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer) und natürlich eine Kombination aus allem möglich. *Indirekte Steuern* bergen aber immer zwei Probleme: Zum einen weiß man nicht, wer sie wirklich trägt (Problem der Steuerinzidenz) und zum anderen entsteht ein sozialpolitisches Problem durch eine Regressivität von indirekten Steuern. Diejenigen mit den niedrigsten Einkommen⁶ und in Folge mit den höchsten (niedrigsten) Konsumquoten (Sparquoten) tragen die größten

⁶ Die Sparquote im Segment mit sehr hohen Einkommen liegt dagegen mit gut 20 v.H. weit über dem Durchschnitt (Brodkorb 2005, S. 13ff).

Lasten. Indirekte Steuern sind immer die ungerechtesten Steuern (Bontrup 2012).

5. Der Staat ist in Deutschland chronisch unterfinanziert

Trotz hoher Staatsverschuldung ist der Staat in Deutschland chronisch unterfinanziert. Die sukzessive neoliberale „Entstaatlichung“ (Peter Bofinger) hat die *gesamtwirtschaftliche Steuerquote* auf nur noch 22,5 v.H. im Jahr 2010 abgesenkt. Mit derart niedrigen Steuern bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt können in inhärent instabilen und nie gerechten marktwirtschaftlichen Ordnungen (siehe dazu die vielen *ordoliberalen* Veröffentlichungen u.a. von Müller-Armack 1966) *wichtige Staatstätigkeiten*, von dem bekannten Finanzwissenschaftler Richard A. Musgrave (1969) in drei Zielbereiche (Allokation, Distribution und Stabilisierung) gegliedert, nicht adäquat geleistet werden. Der mittlerweile „abgemagerte deutsche Staat“ liegt in diesem Kontext mit seiner *Staatsquote* schon heute deutlich unter dem Durchschnitt des Euroraums. „Konkret gibt der deutsche Staat rund 60 Milliarden Euro jährlich weniger aus bei einer dem Durchschnitt der Mitgliedsländer des Euroraums entsprechenden Staatsquote“ (Bofinger 2009: 155). In Dänemark stehen beispielsweise „pro Bürger fast 70 Prozent mehr öffentliche Mittel zur Verfügung als in Deutschland“ (Bofinger 2009: 156). Auch die öffentlichen Personalausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt sind in keinem Vergleichsland so niedrig wie in Deutschland (Bofinger 2009: 158). Die Einnahmen des Staates in Form von *Steuern und Sozialabgaben* reichen dennoch – auch nach vielfältigen *Privatisierungen öffentlichen Eigentums* (Hahn/Eisenträger/Stuber 2011) – zur Deckung der Staatsausgaben nicht aus. In Folge musste der Staat sich verschulden.

Neben den beiden schon genannten Ursachen für die Staatsverschuldung (Wiedervereinigung und Massenarbeitslosigkeit) ist jetzt noch auf der *Ausgabenseite* die weltweite *Finanz- und Wirtschaftskrise* hinzugekommen. Aber auch auf der *Einnahmenseite* des Staatskontos schlägt die Krise durch einen Wachstumseinbruch kräftig durch. Krisenunabhängig kommen seit 2000 durch *steuerrechtliche Veränderungen* (insbesondere durch die Absenkung der Spitzensteuersätze⁷) massive Steuerausfälle dazu (Truger 2010: 29ff.). „Insgesamt hat die öffentliche Hand seit dem Jahr 2000 durch Steuerrechtsänderungen, die insbesondere reiche Haushalte und den Unternehmenssektor begünstigten, in der Summe auf Einnahmen in Höhe von annähernd 400 Milliarden Euro verzichtet. Ohne diese Steu-

⁷ Im Vergleich zu 1998 wurde der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer bis heute von 53 v.H. auf 42 v.H. gesenkt. Für ein zu versteuerndes Einkommen ab 250.401 EUR wird als sogenannte „Reichensteuer“ ein Grenzsteuersatz von 45 v.H. erhoben. Der höchste Satz der Körperschaftsteuer lag 1998 noch bei 45 v.H. (bzw. 30 v.H. bei ausgeschütteten Gewinnen) und heute beträgt der Spitzensteuersatz nur noch 15 v.H.

ermindereinnahmen wären die Staatsverschuldung und die damit verbundenen Zinszahlungen deutlich geringer ausgefallen, und die öffentliche Hand hätte erheblich mehr Mittel für dringend erforderliche Ausgabensteigerungen in den Bereichen öffentliche Investitionen sowie Erziehung und Bildung aufwenden können“ (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft 2011: 12). Neben den politisch veranlassten und zu verantwortenden Steuermindereinnahmen kommt es außerdem noch zu massiven *Steuerhinterziehungen* in Deutschland (Hickel 2010a). Laut Finanzexperten und auch in Dokumenten der Bundesregierung wird allein hierdurch der Steuerausfall auf rund 100 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt (Krätke 2010: 18, Hickel 2010a: 57).

6. Diskussion um die Grenzen öffentlicher Verschuldung

Vor dem Hintergrund einer chronischen staatlichen Unterfinanzierung und einer gleichzeitig vorliegenden Staatsverschuldung gibt es nur einen Ausweg. *Drastische Steuererhöhungen*. Geht die Politik diesen Weg nicht, sondern senkt die Staatsausgaben um die Verschuldung einzudämmen, wird das Ergebnis am Ende noch mehr Verschuldung und ein gesellschaftlicher Verfall sein. Jüngster empirischer Befund diesbezüglich ist die über sieben Jahre von 1998 bis 2005 betriebene „rot-grüne“ (neoliberale) Angebots- und Deflationspolitik. Selbst die *automatischen Konjunkturstabilisatoren* (Kürzung von Lohnersatzleistungen) wurden durch die „Hartz-Gesetze“ (Schierholz 2005, S. 948ff.) angegriffen und damit die Krise verschärft. Nur eine leichte Absenkung der Staatsquote hat hier bereits schlimmstes bewirkt. Der entscheidende Grund dafür liegt im *gesamtwirtschaftlichen Sparparadoxon*, einem der vielen inhärenten *kapitalistischen Rationalitätsfallen*. „Die einzelwirtschaftliche Rationalität, d.h. das, was der Einzelne mit seinem Handeln beabsichtigt, und die gesamtwirtschaftliche Rationalität, d.h. das, was sich für die Gesamtheit als Ergebnis einstellt, fallen auseinander“ (Bofinger 2005, S. 108). Spart ein einzelner privater Haushalt oder ein Unternehmen so mag dies durchaus eine Tugend und rational sein und zu einer angestrebten einzelwirtschaftlichen Konsolidierung führen. Sparen aber alle privaten Haushalte, Unternehmen und auch noch der Staat, so müssen unweigerlich auch bei allen die Einnahmen zurückgehen, weil nun einmal jede Ausgabe eines einzelnen Akteurs gleichzeitig auch die Einnahme eines anderen Akteurs darstellt. Es kommt zu weniger Wachstum und damit zu geringeren Steuereinnahmen. Letztlich steigt trotz des Sparens paradoxerweise die Staatsverschuldung.

Eigentlich müsste dies Standard-Lehrbuchwissen – entgegen der peinlichen neoliberalen Diktion – auch nicht geschulten Ökonomen; zumindest Wirtschaftspolitikern klar sein: *Wenn in einer Volkswirtschaft niemand Schulden macht, kann auch niemand Überschüsse erwirtschaften*. Das Defizit des einen ist notwendi-

gerweise der Überschuss des anderen. Insofern impliziert eine Staatsverschuldung nichts anderes, als dass die übrigen Teilnehmer des Wirtschaftslebens – private Haushalte, Unternehmen und Ausland – einen exakt gleich großen Überschuss besitzen. *Die Summe aller Schulden ist immer genauso groß wie die Summe aller Guthaben.* Wenn die Schulden wachsen, wachsen die Guthaben im Gleichschritt mit. Dies wird in der heute hysterisch und einseitig geführten öffentlichen Debatte über Staatsverschuldung völlig ausgeblendet. Diejenigen, die eine „Schuldenuhr“ aufstellen, sollten seriöser Weise daneben eine „Vermögensuhr“ aufbauen. Sie würden dann feststellen, dass beide Uhren im Gleichtakt laufen. Ein Blick in die gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung und Finanzierungsrechnung zeigt hierbei, dass in einer Volkswirtschaft die *privaten Haushalte* (inkl. private Organisationen ohne Erwerbszweck) immer einen *Finanzierungsüberschuss* erzielen, d.h. die getätigten Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) sind hier kleiner als die realisierten Ersparnisse. So betrug denn auch in Deutschland von 1991 bis 2010 der kumulierte Finanzierungsüberschuss (Geldvermögensbildung minus Kreditaufnahme) der privaten Haushalte 1.986,7 Mrd. Euro. Im Jahresdurchschnitt waren dies 99,3 Mrd. Euro (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: **Staatsverschuldung und Finanzierungsüberschüsse**

Jahr	Finanzierungs-saldo des Staates in Mrd. EUR	Finanzierungs-saldo in v.H. des Bruttoinlands produkts	Private Haushalte ¹⁾ in Mrd. EUR	Nichtfinanzielle Kapital-Unternehmen in Mrd. EUR	Finanzinstitute in Mrd.EUR	Ausland in Mrd. EUR
1991	- 43,8	- 2,9	76,4	- 66,9	11,2	23,1
1992	- 40,7	- 2,5	79,0	- 62,9	6,0	18,6
1993	- 50,9	- 3,0	72,5	- 46,1	6,8	17,8
1994	- 40,9	- 2,3	51,8	- 49,5	10,2	28,4
1995	- 59,1	- 3,2	56,8	- 30,2	8,3	12,3
1996	- 62,5	- 3,3	61,7	- 14,8	3,2	8,6
1997	- 50,6	- 2,6	62,8	- 26,8	6,0	13,4
1998	- 42,7	- 2,2	68,0	- 34,0	- 4,7	24,0
1999	- 29,3	- 1,5	69,4	- 70,3	6,2	26,7
2000	27,1 ²⁾	1,3 ²⁾	75,4	- 137,1 ²⁾	8,0	26,7
2001	- 59,6	- 2,8	97,3	- 41,4	2,8	0,9
2002	- 78,3	- 3,7	101,3	3,4	19,6	- 45,9
2003	- 87,2	- 4,0	125,1	- 10,2	17,1	- 44,8
2004	- 83,5	- 3,8	133,4	32,7	23,9	- 106,5
2005	- 74,2	- 3,3	144,7	21,8	24,5	- 116,8
2006	- 37,1	- 1,6	136,8	20,3	33,9	- 153,8
2007 ³⁾	6,3	0,3	136,2	32,3	11,6	- 186,5
2008	2,8	0,1	138,2	4,8	20,8	- 166,6
2009	- 72,7	- 3,0	151,0	26,5	14,8	- 119,7
2010	- 82,0	- 3,5	148,8	33,5	29,9	- 130,2
Σ	- 958,9		1.986,7	- 414,9	260,1	- 873,0
JDN	- 47,9		99,3	- 20,7	13,0	- 43,7

JDN = Jahresdurchschnitt, 1) einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck, 2) inklusive UMTS-Erlöse, 3) Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte. Quelle: Statistisches Bundesamt, Bruttoinlandsprodukt 2010 für Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 21, Deutsche Bundesbank Finanzierungsrechnung, Datenstand: Oktober 2011, eigene Berechnungen.

Auch die *Finanzinstitute* (Banken, Versicherungen, Fonds und Deutsche Bundesbank) erzielten im selben Zeitraum einen Vermögenszuwachs von 260,1 Mrd. Euro (jahresdurchschnittlich 13,0 Mrd. Euro; vgl. Tab. 1). Fast man die Überschüsse der privaten Haushalte und Finanzinstitute in Deutschland zusammen, so mussten diese durch *Kredite* nachgefragt werden. Die *Schuldner* waren dabei die *produzierenden Unternehmen*, der *Staat* und das *Ausland*.

Gemäß marktwirtschaftlicher Logik sollen dabei die *produzierenden Unternehmen* (ein klassischer Defizitsektor, dessen Schulden im Gegensatz zum Staat übrigens

eine Selbstverständlichkeit sind!) die Ersparnisse bzw. Finanzierungsüberschüsse der privaten Haushalte und Kreditinstitute als Kredite nachfragen und über wachstums- und beschäftigungsschaffende *Realinvestitionen* in den Wirtschaftskreislauf zurückführen. „Um dabei eine dynamisch wachsende Wirtschaft zu erhalten, reicht es aber nicht aus, „dass nur die jeweils vorhandenen Ersparnisse wieder investiert werden. (...) Es muss eine durch *Kreditschöpfung* (nicht bloß durch den Transfer vorhandener Ersparnisse) finanzierte zusätzliche Nachfrage entweder von den Unternehmen selbst oder von dritter Seite – Staat, private Haushalte oder Außenwirtschaft – hinzukommen. In einer dynamischen Wirtschaft dürfen die Haushalte und Unternehmen sich nicht darauf beschränken, ihre Konsumausgaben und Investitionen aus ihren *laufenden Einnahmen* zu finanzieren, sondern sie müssen in einem gewissen Umfang bereit sein, sich zusätzlich zu verschulden. Andernfalls kommt es zu einem Mangel an effektiver Nachfrage“ (Deutschmann 2005, S. 6.).

Die Verschuldung der privaten Haushalte und Unternehmen ist dabei aber an *Prämissen* geknüpft. Hier gilt für die privaten Haushalte zumindest ein *sicherer Arbeitsplatz* und für die Unternehmen eine positive *Absatz- und Gewinnerwartung* und damit Auslastung für ihre zusätzlich getätigten Realinvestitionen. Wenn beides nicht gegeben ist, bekommt die Wirtschaft große Probleme. Die Krise ist nicht zu vermeiden. Die privaten Haushalte schränken ihre Konsumtion ein und in Folge die Unternehmen ihre Investitionen. Beides kann für Deutschland empirisch eindeutig gezeigt werden. Es ist zu einer nachhaltigen *Entkopplung von Gewinn- und Investitionsquote* gekommen (Leaman 2005, S. 1.204, Priewe, Rietzler 2011). Die neoliberal behauptete „*G-I-B Formel*“ (Helmut Schmidt, SPD), gibt mir heute mehr Gewinn, so kommt es morgen zu mehr Investitionen und danach zu mehr Beschäftigung ist eine grausame Mär. Der neoliberale circulus virtuosus von höheren Gewinnen und daraus folgenden höheren beschäftigungsschaffenden Realinvestitionen geht nicht auf. Die erzielten Überschüsse werden von den Unternehmen und privaten Haushalten vielmehr in *Finanzinvestitionen* angelegt. „Von 2000 bis 2007 verzeichneten die Unternehmen in Deutschland einen Zuwachs der jährlichen Gewinne von 197 Mrd. Euro, wovon sie 84 Mrd. Euro zusätzlich ausgeschüttet haben. Der Rest blieb in den Unternehmen. Die Aufwendungen für private Anlageinvestitionen haben aber nur um 14 Mrd. Euro zugenommen. 2007 sind die inländischen Bruttoinvestitionen der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften in Höhe von 250 Mrd. Euro zu 78 v.H. durch Abschreibungen finanziert worden“ (von der Vring 2010, S. 18).

Die *Finanzmärkte* wurden in Folge der nicht real investierten (funktionslosen) Gewinne immer mehr mit Überschussliquidität versorgt und damit aufgewertet, und das Finanzkapital konnte seine Marktmacht ausbauen. Beigetragen haben dazu auch die *Privatisierungen der gesetzlichen Rentenversicherungssysteme* durch Kapitaldeckungsverfahren. In Deutschland durch die sogenannte „Riesterrente“. Das Regime der mächtigen institutionellen Finanzinvestoren führte sogar „zur Umkehrung des traditionellen Verständnisses von Kontrakt- und Residual-

einkommen. Die Investoren reklamieren die Gewinne gemäß den vorher festgelegten Zielgrößen für sich als Kontrakteinkommen; die Arbeitseinkommen dagegen werden zu Residualeinkommen. Die Arbeitenden bekommen nur noch, was übrigbleibt, nachdem die Investoren ihre Forderungen befriedigt haben. So wird der Gesellschaft unter dem Deckmantel angeblicher ‚Sachzwänge‘ eine stetig wachsende Rentenlast aufgebürdet. Das bedeutet nicht nur, dass Wirtschaftswachstum als der klassische sozialpolitische Befriedigungsmechanismus ausfällt. Eine Gesellschaft, die so reich ist wie nie zuvor in der Geschichte, muss das Niveau ihrer Reproduktion sogar immer weiter absenken. Die öffentliche Infrastruktur verfällt, und die Menschen können es sich nicht einmal mehr leisten Kinder zu bekommen. Das Problem des Überflusses an liquiden, anlagesuchenden Finanzvermögen wird nicht gelöst, sondern im Gegenteil weiter verschärft. Es droht eine Depressionsspirale, die nur durch die ‚stellvertretende‘ Verschuldung der öffentlichen Haushalte aufgefangen werden kann“ (Deutschmann 2005, S. 8f.). Ansonsten kommt es zu einem *Teufelskreis aus Wachstumsschwäche, Massenarbeitslosigkeit und Umverteilung* (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2004, S. 213ff.). Rückläufige Wachstumsraten führen dabei zu Arbeitslosigkeit und realen Einkommenskürzungen bei den abhängig Beschäftigten. Die gesamtwirtschaftliche Nettolohnquote⁸ geht zurück. Durch weniger Wachstum erhält der Staat auch immer weniger Einnahmen und kürzt womöglich – kontraproduktiv – seine Staatsausgaben, weil er auf eine zusätzliche Verschuldung meint verzichten zu können (müssen), so dass letztlich noch weniger Wachstum realisiert wird.

Die *Kreditnachfrage der produzierenden Unternehmen* reicht aber für die immer größer werdenden und völlig ungleich verteilten Einkommen⁹ und Vermögen¹⁰ nicht aus. Wie die Finanzierungsrechnung zeigt (vgl. Tab. 1), lag die Nachfrage von Unternehmen nach Krediten in Deutschland von 1991 bis 2010 bei 414,9 Mrd. Euro (jahresdurchschnittlich bei 20,7 Mrd. Euro). Ohne die *staatliche Verschuldung* in Höhe von 958,9 Mrd. Euro (jahresdurchschnittlich 47,9 Mrd. Euro; (vgl. Tab. 1), die zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben genutzt und wodurch eine entsprechende gesamtwirtschaftliche *multiplikative Nachfragewirkung* aus-

⁸ Mit 34,0 v.H. weist die *Nettolohnquote* in der langen Geschichte ihres verteilungsbedingten Abstiegs seit den 1960er Jahren ein neues Allzeittief auf. Im Vergleich zu ihrem früheren Anteil von 55,8 v.H. in 1960 hat sie inzwischen 21,8 Prozentpunkte ihres ursprünglichen Potenzials an privater Kaufkraft eingebüßt (Schäfer 2010, S. 636ff).

⁹ Auf Basis der *Brutto-Lohnquote* von 1993 haben die abhängig Beschäftigten von 1991 bis 2010 über 1,1 Billionen EUR an Bruttoeinkommen bei der primären Marktverteilung verloren. Es fand aber nicht nur eine Brutto-, sondern auch eine Nettoumverteilung – nach Steuern und Sozialabgaben – der Wertschöpfung zu Gunsten der Kapital- und Geldvermögensbesitzer statt. Auch dies gelang mit Hilfe neoliberaler Politik. So ging im Ergebnis in Deutschland die Netto-Lohnquote von 1991 bis 2010 (1. Halbjahr) von 40,3 v.H. auf 34,0 v.H. zurück (Schäfer 2010).

¹⁰ Das *Nettovermögen* (Vermögen nach Abzug aller Schulden) der privaten Haushalte belief sich 2009 in Deutschland auf 9.700 Mrd. Euro. Dazu zählen das Geldvermögen, Immobilien und das Produktivkapital (Sachvermögen). Nur das Nettogeldvermögen betrug 2010 3.398 Mrd. Euro. Dabei ist das Vermögen aber stark ungleich verteilt. Nach Erhebungen aus dem Jahr 2007 besitzen die reichsten 30 v.H. der Deutschen (älter als 17 Jahre) über 90 v.H. des Vermögens, und die reichsten 10 v.H. über 60 v.H. des Gesamtvermögens (Bach 2010, Frick/Grabka 2009). Dennoch werden die Wiedereinführung einer *Vermögenssteuer* und die Einführung adäquater *Erbschaftsteuersätze* von den herrschenden neoliberalen Kräften im Land vehement verweigert.

gelöst wurde, wäre die Wirtschaft kläglich in eine tiefe permanente Rezession gelaufen.¹¹

Bei der Beurteilung der eingeführten „*Schuldenbremse*“ muss man sich außerdem fragen, „ob die *bisherigen Gläubiger* weniger sparen oder ob sie sich anderweitige Geldanlagen suchen werden. Ein Blick auf die Statistik der Gläubiger des deutschen Staates ist hier aufschlussreich. Die Beteiligung inländischer Nichtbanken an deutschen Staatsanleihen war in den letzten 20 Jahren eher bescheiden. Bis 1999 hielten deutsche Banken die Hälfte dieser Anleihen. Danach haben sie aber einen Großteil verkauft, um sich global zu engagieren. Heute sind es zu über 50 v.H. Ausländer, die deutsche Staatspapiere besitzen, zu knapp 30 v.H. deutsche Banken und zu 20 v.H. inländische Nichtbanken. Ein *Abbau der deutschen Nettokreditaufnahme* wird vorwiegend zu einer *Abwanderung ausländischer Anleger* führen. Somit ist nicht davon auszugehen, dass der Wegfall defizitfinanzierter Staatsnachfrage zu vermehrter anderweitiger volkswirtschaftlicher Nachfrage führen wird. Es muss mit einer entsprechenden Minderung der volkswirtschaftlichen Nachfrage in Deutschland gerechnet werden“ (von der Vring 2010, S. 32).

7. Auch das Ausland hilft letztlich nicht

Aber auch die Staatsverschuldung reicht in Deutschland bei weitem noch nicht, um alle *Vermögensbestände per Kredit nachzufragen*. Zusätzlich musste sich von 1991 bis 2010 das *Ausland* bei uns mit 873,0 Mrd. Euro (jahresdurchschnittlich 43,7 Mrd. Euro; vgl. Tab. 1) verschulden. Die Auslandsverschuldung ist dabei das Spiegelbild der nur *schwachen Binnennachfrage* in Deutschland und der hohen *Leistungsbilanzüberschüsse* – die Folge sind Nettokapitalexporte.¹² „Die volkswirtschaftliche Gesamtersparnis übertrifft dabei seit 2002 die Nettoinvestitionen in hohem Maße mit der Konsequenz, dass sie mangels inländischer Anlagemöglichkeiten ins Ausland ausweicht“ (von der Vring 2010, S. 34). In den Leistungsbilanzüberschüssen drückt sich gleichzeitig die immer wieder in Abrede gestellte gute *internationale Wettbewerbssituation der deutschen Wirtschaft* aus. Am Ende

¹¹ Außerdem erwarten die *Vermögenden auf den Finanzmärkten* eine Nachfrage nach Kreditmitteln durch den Staat. Zum anderen kalkuliert die *Unternehmenswirtschaft* mit Produktionsaufträgen im Rahmen kreditfinanzierter Staatsausgaben. Wird dies beides vom Staat nicht sichergestellt, kommt es zu schwerwiegenden Nachfrageausfällen an den Güter- und Finanzmärkten mit entsprechenden Folgen für die davon abhängigen Arbeitsmärkte. Selbst dieser triviale Zusammenhang wird heute von der Politik nicht mehr erkannt.

¹² Zu den Ländern mit *positiven Leistungsbilanzen* gehören dabei von 2000 bis 2007 die Länder China, Japan, Deutschland und Russland. Diese Länder haben nicht über ihren wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern *unter ihren Möglichkeiten* gelebt. Über ihren Verhältnissen haben dagegen insbesondere die USA, das Vereinigte Königreich und Spanien mit ihren negativen Leistungsbilanzen gewirtschaftet, d.h. auf Kredit, auf Pump, konsumiert (vgl. Tab. 2).

reicht aber die aus *Arbeitseinkommen* gespeiste binnenwirtschaftliche Endnachfrage nicht aus, die noch durch Produktivitätssteigerungen vergrößerte Produktionsmenge – selbst zu konstanten Preisen – zu verkaufen. Der wesentliche Grund für das dabei zu schwache Arbeitseinkommen liegt in der *Brutto- und Nettoumverteilung* zu den *Besitzeinkommen* (Gewinne, Zinsen, Mieten und Pachten) (Bontrup 2011a) Hier schlägt dann die *einzelwirtschaftliche (kapitalistische) Rationalitätsfalle* zu. Was betriebswirtschaftlich geht und aus Unternehmersicht rational ist, nämlich Profit zu Lasten der Arbeitseinkommen und durch Personalentlassungen zu machen, mündet gesamtwirtschaftlich in die Falle bzw. Krise. Dennoch gibt es auf *internationaler Ebene* für einzelne Länder (zumindest kurz- bis mittelfristig), siehe u.a. Deutschland, eine vermeintliche Lösung. Diese liegt „im Verkauf der Waren im Ausland, für die im Inland nicht genügend Nachfrage vorhanden ist. (...) Die Lösung hat eine gewisse Eleganz für sich, denn sie bringt zwei sich im Inland widersprechende Ziele – Kostensenkung und Nachfragesteigerung – miteinander in Einklang. Produktivitätssteigerungen sowie Abbau von Löhnen und Sozialleistungen führen zu Kostensenkungen und potentieller Erhöhung der Profitspannen. Der durch die gleichen Maßnahmen bewirkte Ausfall an inländischer Endnachfrage wird durch die zusätzliche Auslandsnachfrage ausgeglichen. Das führt dazu, daß die durch die Kostensenkungen möglich gewordenen Profite auch tatsächlich erzielt werden. Der *Doppelcharakter der Löhne* als Kostenfaktor (der möglichst gering gehalten werden muß) und als wichtigstes Nachfrageaggregat (das möglichst groß sein soll) wird aufgelöst. Für das exportierende Unternehmen sind Löhne nur noch Kosten, die mit allen Mitteln zu drücken sind“ (Huffschnid 1994, S. 734f.).

Tab. 2: **Länder mit positiven und negativen Leistungsbilanzen von 2000-2007**

Länder mit positiven Leistungsbilanzen		Länder mit negativen Leistungsbilanzen	
in Mrd. US-\$		in Mrd. US-\$	
China	1.379	USA	- 4.706
Japan	1.172	Vereinigtes Königreich	- 389
Deutschland	781	Spanien	- 494
Russland	517	Gesamt	- 5.589
Gesamt	3.849		

Quelle: von der Vring 2010, S. 22

Langfristig ist dies natürlich keine Lösung. Die *Exportüberschüsse* der einen sind eben die *Defizite der anderen Länder*, die sich so womöglich hoch verschulden müssen und am Ende nicht mehr Zahlungsfähig sind – wie die *Griechenlandkrise* zeigt (Dullien 2010, S. 9ff.).

8. Rettungsschirme und Eurobonds greifen zu kurz

Mit „*Rettungsschirmen*“ will die herrschende Politik jetzt die *Verteilungskrise* zwischen den Ländern beheben. Den Schuldnerländern gewähren überwiegend private Gläubiger, abgesichert durch den Euro-Krisenfonds (EFSF= Europäische Finanzstabilisierungsfazilität), weitere Kredite. Die bisherigen staatlich abgesicherten Kreditzusagen belaufen sich dabei auf 851 Mrd. Euro, die mit den Beschlüssen vom 21. Juli 2011 durch die EU und den Internationalen Währungsfonds (IWF) unter Berücksichtigung von Staatsanleihenkäufen durch die Europäische Zentralbank (EZB) und sogenannten Target-Verbindlichkeiten von Griechenland, Irland und Portugal gegenüber der EZB auf eine *maximale Kreditabsicherungssumme* von 1.691 Mrd. Euro erhöht wurden. Auf Deutschland könnten dabei im schlimmsten Fall Kredit-Haftungskosten in Höhe von 472 Mrd. Euro zukommen.¹³

Damit die *Vermögenden* ihr vor der Krise durch Umverteilung angeeignetes privates Vermögen nicht verlieren, tritt die Staatengemeinschaft in der Krise mit den „Rettungsschirmen“ als Bürge für die Schuldnerländer auf und verlangt gleichzeitig von den notleidenden Ländern eine *kontraproduktive deflatorische Austeritätspolitik*, die, wie in Griechenland schon heute zu einer beispiellosen Reduzierung der Realeinkommen um 20 v.H. bis 25 v.H. geführt hat und jedes notwendige Wirtschaftswachstum verhindert bzw. negative Wachstumsraten beschert. Für die Krise zahlen also die schon vor der Krise ausgebeuteten. Jetzt soll der griechische Staat auch noch sein letztes „Tafelsilber“ in Höhe von 50 Mrd. Euro an private Investoren verscherbeln. Diese kaufen dem Staat, natürlich zu Schleuderpreisen, gerne das Staatseigentum mit ihrem weiter reichlich vorhandenen Vermögen ab. Dies nutzt aber nur den Reichen und verschärft am Ende noch die Krise, die schon bis heute laut einer OECD-Studie *weltweit 13 Millionen Arbeitsplätze* vernichtet hat.

Eine endgültige Lösung besteht auch nicht darin, den heute schon überschuldeten Ländern über *Eurobonds* verbilligte Kredite zu geben. Diese senken zwar ein wenig die Zinslasten der Schuldner und verteuern in Ländern wie Deutschland die Kreditaufnahme des Staates. Vor allen Dingen nutzen Eurobonds den *vermögenden privaten Gläubigern* (Krätke 2011, S. 12ff.), die diese Bonds kaufen; wobei neuerdings China im Gespräch ist, das Land mit den weltweit größten Währungsreserven auf Grund der positiven Leistungsbilanz (vgl. Tab. 2). *Kurzfristig* wirklich helfen können wird man den notleidenden Ländern nur über einen *Kapitalschnitt beim Vermögen* der Gläubiger („hair-cut“). Aber auch dies reicht nicht!

¹³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Oktober 2011, S. 11.

9. Alternativen sind überfällig

Mittel- und langfristig muss es zu einer ganz anderen Ausrichtung von Wirtschaft insgesamt kommen. Günter Grass (2011) stellt dabei sogar die *Systemfrage*, wenn er schreibt: „Das Auseinanderdriften in eine Klassengesellschaft mit verarmender Mehrheit und sich absondernder Oberschicht, der Schuldenberg, dessen Gipfel mittlerweile von einer Wolke aus Nullen verhüllt ist, die Unfähigkeit und dargestellte Ohnmacht freigewählter Parlamentarier gegenüber der geballten Macht der Interessenverbände und nicht zuletzt der Würgegriff der Banken machen aus meiner Sicht die Notwendigkeit vordringlich, etwas bislang Unausprechliches zu tun, nämlich die Systemfrage zu stellen.“ Was auf jeden Fall notwendig ist, ist ein *starker Staat*, eine dezidiert aktive und in der *EU abgestimmte Wirtschaftspolitik*, die mit dem unheilvollen neoliberalen System endgültig Schluss macht und außerdem auf eine *Demokratisierung der Wirtschaft* (Bontrup 2011) setzt. Nur so wird die wahre *Ursache der Krise* behoben und nicht an Symptomen herumgedoktert sowie die Zukunft für die Mehrheit der Menschen und nicht wie heute nur für eine Minderheit gestaltet. Passiert dies nicht, werden nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern auch zwischen den Volkswirtschaften die *ökonomischen und politischen Spannungen* massiv zunehmen, so dass letztlich sogar mit katastrophalen Folgen die *Europäische Union (EU)* zur Disposition stehen könnte.

Will der demokratisch legitimierte Staat bzw. wollen Politiker nicht das Auseinanderbrechen der Gesellschaft und der EU riskieren, so muss der *Staat als Akteur* auf dem kapitalistischen „Spielfeld“ eine gesamtwirtschaftliche Wohlfahrtsfunktion wahrnehmen. Er muss entgegen neoliberaler Forderungen den Marktprozess aussteuern und privatwirtschaftlich angelegtes Markt- und Wettbewerbsversagen korrigieren. Dazu zählen neben der *Verhinderung von Marktmacht* und einer *Korrektur der originären (marktbezogenen) Einkommensverteilung* auch das *Schließen einer gesamtwirtschaftlichen (deflatorischen) Nachfragerücke* durch eine Absorbierung des Übersparens; der Finanzierungsüberschüsse oder wie Keynes sie nannte, einer „räuberischen Ersparnis“. Dies kann nur der Staat, der nicht einer einzelwirtschaftlichen Profitlogik unterliegt. Er muss dafür aber Schulden machen und/oder die Steuern erhöhen. Er muss das überschüssige Finanzvermögen abschöpfen. Der neoliberale „Wettbewerbsstaat“ lehnt dies aber im Gegensatz zum keynesianisch geprägten Wohlfahrtsstaat ab bzw. unterwirft sich sogar den Profitansprüchen der privaten Wirtschaft. Durch sogenannte „Reformen“, also Kürzungen der Staatsausgaben, Sozialleistungen und durch einen Abbau der sozialen Sicherungssysteme soll nur noch Druck auf die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung ausgeübt werden. Das Kapital sei dagegen mit niedrigen Löhnen und Steuern zu hofieren – sonst wandere es kurzerhand ins Ausland ab. Deshalb müssten Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Arbeitnehmer inkl. ihrer Gewerkschaften bekämpft werden. Was für eine erbärmliche Logik? Und was soll das am

Ende bringen? Das Ergebnis ist längst seit langem zu beobachten. Eine zunehmende Verschärfung der Wirtschaftskrise und ein Zerfall der gesellschaftlichen Strukturen.

Würde dagegen die *Steuerpolitik* bei den akkumulierten Geldvermögensbeständen privater Haushalte ansetzen, so ließe sich auch die öffentliche Verschuldung (öffentliche Armut) reduzieren. Dazu dienen in erster Linie die *Vermögens- und Erbschaftssteuern*. Die Besteuerung von Vermögen ist in Deutschland die niedrigste in der ganzen EU (EU Kommission 2004). „Würde die Bundesrepublik nur den Durchschnitt der europäischen Vermögensbesteuerung erreichen, hätte der Fiskus jährlich rund 32 Mrd. Euro mehr in der Kasse. Trotzdem und entgegen anders lautender Versprechen vor der Bundestagswahl 1998 hat „Rot-Grün“ auf die Erhebung der Vermögensteuer verzichtet, nachdem das Bundesverfassungsgericht schon unter der Kohl-Regierung Änderungen am geltenden Vermögenssteuergesetz eingefordert hatte“ (Giegold 2005, S. 1.186). Auch die *Erbschaftsteuer* ist hierzulande im internationalen Vergleich niedrig. Sie betrug 2010 gut 4,4 Mrd. Euro bei etwa 200 Mrd. Euro jährlich vererbten Vermögens (Deutsche Bundesbank 2011, S. 54*). Dies entspricht einem durchschnittlichen Erbschaftsteuersatz von lediglich 2,2 v.H.

Durch die enormen Steuersenkungen der letzten Jahre ist, wie bereits erwähnt, die gesamtwirtschaftliche Steuerquote auf 22,5 v.H. gesunken. Deutschland bewegt sich damit im internationalen Vergleich am unteren Ende der Skala. Durch die Steuersenkungen sind die staatlichen Einnahmen immer mehr weggebrochen und haben zu großen Problemen in den öffentlichen Haushalten geführt, weil die prognostizierten Wachstums- und Beschäftigungseffekte ausgeblieben sind. Auch wagt sich die Politik immer noch nicht an eine *rigorose Bekämpfung der Steuerhinterziehung* heran, die nach Schätzungen, wie ebenfalls bereits angeführt, zu jährlichen Steuerausfällen in Höhe von 100 Mrd. Euro führt.

Außerdem ist ein völliges Umdenken bei den *Gewinn- und Lohnsteuern* notwendig. Betrachtet man im Hinblick darauf die Steuerlastverteilung in Deutschland (siehe Tab. 3), so müsste man die alte Steuerlastrelation von 1960 (ein Jahr der Vollbeschäftigung!) wieder herstellen, wonach der Lohnsteueranteil am Gesamtsteueraufkommen bei knapp 12 Prozent, heute 24 Prozent, und der Gewinnsteueranteil 1960 bei über 33 Prozent, heute aber nur bei knapp 15 liegt. Deutschland ist zu einem „*Lohnsteuerstaat*“ verkommen. Deshalb müssen die unteren Lohneinkommen nachhaltig entlastet und die Gewinnsteuern der Unternehmen belastet werden.

Tab. 3: **Steuerlastverteilung in Deutschland – Anteil von Steuerarten am gesamten Steueraufkommen** – in v.H. –

Steuerart	1960	2010
Lohnsteuer	11,8	24,1
Veranlagte Einkommensteuer	13,5	5,9
Körperschaftsteuer	9,5	2,3
Gewerbesteuer	10,5	6,7

Quelle: Statistiken Bundesfinanzministerium, Deutsche Bundesbank 2011, eigene Berechnungen

Dies allerdings differenziert nach *kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)* und Großunternehmen und Konzernen. „Bei den großen Kapitalgesellschaften, die maßgeblich ihre Investitionen aus den laufenden Überschüssen (cash flow) finanzieren, müssten die Gewinne stärker besteuert werden. Damit könnten die öffentlichen Haushalte Einnahmen unter Verzicht auf den Umweg über die Kapitalmärkte verbuchen“ (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2005, S. 158). Wie notwendig dies wäre zeigen die in den Jahren 2002 und 2004 bis 2010 erzielten *Finanzierungsüberschüsse im Unternehmenssektor* auf Grund einer nur schwachen Investitionstätigkeit. Der nicht real investierte Überschuss belief sich dabei auf 175,3 Mrd. Euro (vgl. Tab. 1). Die Unternehmen schöpften in Summe ihre eigenen Finanzierungsmittel zur Sachkapitalbildung nicht voll aus. Die Innenfinanzierungsquote stieg auf weit über 100 v.H. der gesamten Mittelverwendung.¹⁴ Dies gilt aber nicht für die KMU. Hier sind die Unternehmen vielmehr auf Kredite zur Finanzierung ihrer Investitionen angewiesen, die sie immer schwerer auf Grund der Basel-II und Basel-III Bestimmungen erhalten. Auch sollte in Erwägung gezogen werden, die Profite von *marktbeherrschenden Unternehmen*, die nicht auf Leistung, sondern ausschließlich auf einen Missbrauch von Marktmacht beruhen, einer besonderen Besteuerung („Monopolsteuer“) zu unterziehen (Sik 1979, S. 664ff.). Diese Marktmachtsteuern könnten dann den mittelständischen Unternehmen, oftmals Opfer von marktmächtigen Unternehmen an Absatz- und Beschaffungsmärkten, durch Umverteilung, z.B. in Form von Forschungs- und Entwicklungsunterstützungen, zur Verfügung gestellt werden.

Um in Zukunft nicht noch weitere Nachfrageausfälle auf Grund der enormen (akkumulierten) und in der Gesellschaft völlig disproportional verteilten Finanzüberschüsse zuzulassen, muss der Staat, muss sich Politik, entscheiden: Entweder die öffentlichen Hände verschulden sich weiter oder sie bewegen das private Einkommen und Vermögen durch eine *adäquate Steuerpolitik* (Hickel 2005a, S. 851ff./Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2005, S. 129ff., GEW 2011,

¹⁴ Dies widerspricht auch der immer wiederholten Behauptung durch die ständige staatliche Kreditaufnahme käme es zu einer Verdrängung (zu einem Crowding-out) privater (potenzieller) Investoren an den Kapitalmärkten, verbunden mit Zinssatzsteigerungen.

Schratenstaller 2011) zu weitaus höherer Konsumtion und Investition. Nur dies sind die Alternativen, will man keinen gefährlichen ökonomischen Verfall und damit letztlich eine tiefgreifende gesellschaftlich-politische Krise, nicht nur in Deutschland, heraufbeschwören.

Literatur

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2001), Memorandum 2001: Modernisierung durch Investitions- und Beschäftigungsoffensive, Köln

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2004), Memorandum 2004, Beschäftigung, Solidarität und Gerechtigkeit – Reform statt Gegenreform, Köln

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2005), Memorandum 2005: Sozialstaat statt Konzerngesellschaft, Köln

Bach, Hans-Uwe, Spitznagel, Eugen (2008), Kosten der Arbeitslosigkeit sind gesunken, in: IAB-Kurzbericht 14.

Bofinger, Peter (2005), Wir sind besser, als wir glauben. Wohlstand für alle, 3. Aufl., München u.a.

Bofinger, Peter (2009), Ist der Markt noch zu retten? Warum wir jetzt einen starken Staat brauchen, Berlin

Bontrup, Heinz-J. (2006), Keynes wollte den Kapitalismus retten. Zum 60. Todestag von Sir John Maynard Keynes. Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), Internationale Politikanalyse

Bontrup, Heinz-J. (2011), Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 4. Aufl. Köln

Bontrup, Heinz-J. (2011a), Zur größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren. Ein kritischer Rück- und Ausblick mit Alternativen, Hannover

Bontrup, Heinz-J. (2011b), Reiche verdienen an Arbeitslosigkeit, in: Ossietzky. Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft, Heft 15/16

Bontrup, Heinz-J. (2012), Mit noch mehr indirekten Steuern zurück zum wohlfahrtsorientierten Staat? Nur Luxussteuern wären ein richtiger Weg, erscheint 2012 in: DIW-Vierteljahreshefte, Heft 1

Brodkorb, Mathias (2005), Keynes als Investitionstheoretiker, in: Horizonte, Nr. 11

Brümmerhoff, Dieter (1996), Finanzwissenschaft, 7. Aufl., München, Wien

Butterwegge, Christoph (2005), Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden 2005

Butterwegge, Christoph, Lösch, Bettina, Ptak, Ralf (2007), Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden

Deutsche Bundesbank (2004), Monatsbericht März

Deutsche Bundesbank (2005a), Monatsbericht Juni

Deutsche Bundesbank (2005b), Monatsbericht Juli

Deutsche Bundesbank (2011), Monatsbericht Juni

Deutschmann, Christoph (2005), Rätsel der aktuellen Wirtschaftspolitik: Die heimliche Wiederkehr des Keynesianismus, in: Zeitschrift für Sozialökonomie, 42. Jahrg., 146. Folge, September

Deutschmann, Christoph (2008), Der kollektive „Buddenbrooks-Effekt“. Die Finanzmärkte und die Mittelschichten, in: Working Paper 08/05 des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Köln.

Die Gruppe von Lissabon (Hrsg.) (1997), Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München

Dullien, Sebastian (2010), Von der Griechenlandkrise zum Euro-Kollaps?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6

EU Kommission (2004), Structures of the taxation systems in the European Union, Brüssel

Frick, Joachim R., Grabka, Markus M. (2009), Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW-Wochenbericht Nr. 4

Galbraith, John Kenneth (1998), Die Solidarische Gesellschaft. Plädoyer für eine moderne soziale Marktwirtschaft, Hamburg

Ganßmann, Hans (2004), 30 Jahre Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik – ein deutscher Sonderweg, in: Leviathan 32

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Hauptvorstand) (2011), Richtig gerechnet: Gute Bildung ist finanzierbar. Das steuerpolitische Konzept der GEW, Frankfurt a. M.

Giegold, Sven (2005) Vorwärts in den Steuersenkungsstaat?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10

Grass, Günter (2011), Die Steine des Sisyphos. Über das Verhältnis von Journalismus und Politik, die Geschwindigkeit der Zeitläufe und die Macht der Konzerne, in: Süddeutsche Zeitung vom 04. Juli

Hahn, Christoph, Eisenträger, Mirco, Stuber, Martin (2011), Privatisierung – Verscherbelung kommunalen Tafelsilbers, Studie für den DGB, Berlin.

Heise, Arne (2002), Raus aus der Spar-Zwangsjacke, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3

- Hickel, Rudolf** (2005a), Die Solidarische Einfachsteuer. Wie Attac und Ver.di der Expertokratie Paroli bieten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7
- Hickel, Rudolf** (2005b), Flat Tax: einfach ungerecht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10
- Hickel, Rudolf** (2010), Milliardenverbrechen Steuerhinterziehung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9
- Huffschmid, Jörg** (1994), Kein Ausweg aus der Weltmarktfalle?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6
- Huffschmid, Jörg** (2002), Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 2. Aufl., Hamburg
- Krämer, Walter** (2001), Die schlimme Staatsverschuldung, in: Das Wirtschaftsstudium, Heft 6
- Krätke, Michael, R.** (2010), Krise des Steuerstaats, in: Widerspruch, Heft 58
- Krätke, Michael, R.** (2011), Griechenland in Schuldknechtschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7
- Leaman, Jeremy** (2005), Warum Thatcherismus auf Deutsch nicht geht. Zur Besonderheit der bundesdeutschen Situation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10
- Bundesregierung** (Hrsg.) (2005), Lebenslagen in Deutschland, Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin
- Merk, Gerhard** (1974), Programmierte Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Bd. IV, Wachstum, Staat und Verteilung, Wiesbaden
- Müller-Armack, Alfred** (1966), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, Freiburg i. Br.
- Priewe, Jan, Rietzler, Katja** (2011), Deutschlands nachlassende Investitionsdynamik 1991 – 2010, in: WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Bonn
- Ramonet, Ignacio** (1998), Die neuen Herren der Welt. Internationale Politik an der Jahrtausendwende, Zürich
- Reuter, Norbert** (2000), Ökonomik der „Langen Frist“. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg
- Reuter, Norbert** (2007), Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, 2. Aufl., Marburg
- Schäfer, Claus** (2010), Zukunftsgefährdung statt Krisenlehren – WSI-Verteilungsbericht 2010, Heft 12

Schierholz, Hennig (2005), Fordern statt Fördern. Hartz IV in der Praxis, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8

Schui, Herbert (2009), Was ist Ursache der Krise?, in: Becher, J., Ebert, W., Marquardt, J., (Hrsg.), Es geht nur anders! Denkanstöße für politische Alternativen, Köln

Schumann, Harald/Martin, Hans-Peter (1998), Die Globalisierungsfalle, Hamburg

Sik, Ota (1979), Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg, Hamburg

Statistisches Bundesamt (2005), Bruttoinlandsprodukt 2004 für Deutschland, Informationsmaterialien zur Pressekonferenz am 13. Januar 2005 in Wiesbaden

Straubhaar, Thomas (2011), Der große Irrtum, in: Financial Times Deutschland vom 09. Oktober

Thielemann, Ulrich (2010), Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept. Kritik des Neoliberalismus, Marburg

Truger, Achim (2010), Steuersenkungen, Schuldenbremse und Konjunkturrisiken. Welche Spielräume bleiben für den Staat? in: Eicker-Wolf/Thöne (Hrsg.), An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen. Bildungsausgaben, öffentliche Haushalte und Schuldenbremse, Marburg

Vereinte Nationen (UNDP), Entwicklungsprogramm (2001), Human Development Report 2000, New York

von der Vring, Thomas (2010), Wirtschaftspolitische Konsequenzen aus der Krise, in: WISO Diskus, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Bonn

Weizsäcker, Carl Christian (2011), Verschuldet euch!, in: Cicero. Online Magazin für politische Kultur, 19.10., www.cicero.de//kapital/die-schuldenbremse-ist-nutzlos-verschuldet-euch/46204

Ziegler, Jean (2005), Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München